

Görgens, Sigrid

Ausbildung für einen "neuen" Arbeitsmarkt - Lernen für den informellen Sektor in der Bundesrepublik Deutschland

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21 (1998) 1, S. 2-7



Quellenangabe/ Reference:

Görgens, Sigrid: Ausbildung für einen "neuen" Arbeitsmarkt - Lernen für den informellen Sektor in der Bundesrepublik Deutschland - In: *ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik* 21 (1998) 1, S. 2-7 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-62914 - DOI: 10.25656/01:6291

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-62914>

<https://doi.org/10.25656/01:6291>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Arbeiten und Lernen im informellen Sektor

Aus dem Inhalt:

- Allgemeine Kompetenzen
im städtischen informellen Sektor
- Erwachsenenbildung im
informellen Sektor in den
Ländern des Südens
- Bildung, Kommunikation
und kollektive Interessen
im Diskurs über den
informellen Sektor
- Kooperationsmodell
Schulberatungsstelle
Globales Lernen/Eine Welt
in Hessen



Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

21. Jahrgang März **1** 1998 ISSN 1434-4688D

Sigrid Görgens	2	Ausbildung für einen „neuen“ Arbeitsmarkt - Lernen für den informellen Sektor in der Bundesrepublik Deutschland
Wolfgang Karcher/ Bernd Overwien	8	Zur Bedeutung allgemeiner Kompetenzen im städtischen informellen Sektor und Bedingungen für ihren Erwerb
Gregor Lang-Wojtasik	15	Bildung im informellen Sektor Indiens
Arbeitsgruppe ALIMA	19	Beschäftigungsorientierte Erwachsenenbildung im informellen Sektor in den Ländern des Südens
Claudia Lohrenscheit/ Renate Schüssler	24	Bildung, Kommunikation und kollektive Interessen im Diskurs über den informellen Sektor
Portrait	31	Kooperationsmodell Schulberatungsstelle Globales lernen/Eine Welt in Hessen
BDW	32	Ralf Streicher: Zwischen Intuition und Systematik
BDW	33	Nachrichten
BDW	35	Helga Unger-Heitsch: Ethnopedagogik '98
Glosse	38	Meine Verwunderung - Kritische Anmerkungen zum Internet
Sammelrezension	41	Jahrbücher
	42	Rezensionen
	44	Informationen

Impressum: ZEP - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 21. Jg. 1998 Heft 1. Herausgeber: Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V.. Schriftleitung: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 21521 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführung: Dr. Annette Scheunpflug, Tel. 040/6541-2565 Technische Redaktion: Dr. Arno Schöppe, Tel.: 040/6541-2921. Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Hans Bühler, Weingarten; Prof. Dr. Asit Datta, Hannover; Prof. Dr. Hans Gängler, Leipzig; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dr. Ulrich Klemm, Ulm; Prof. Dr. Renate Nestvogel, Essen; Prof. Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Dr. Annette Scheunpflug, Hamburg; Dr. Klaus Seitz, Nellingsheim; Barbara Toepfer, Marburg; Prof. Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg; Kolumnen: Christian Graf-Zumsteg (Schweiz); Barbara Toepfer (ZEP-pelin), Dr. Klaus Seitz (Bildungspolitischer Kommentar). Technische Bearbeitung/EDV: Sigrid Görgens. Verantwortlich i.S.d.P.: Der geschäftsführende Herausgeber. Abbildungen: (Falls nicht bezeichnet) Privatfotos oder Illustrationen der Autoren. Titelbild: © Wulf Schmidt-Wulffen. Diese Publikation ist gefördert vom Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik, Stuttgart. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlorfreiem Papier gedruckt.

Anmerkung: Generische Maskulina und Feminina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich: Jahresabonnement DM 36,- Einzelheft DM 9,50; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlag: Verlag für Interkulturelle Kommunikation (IKO), Postfach 90 04 21, 60444 Frankfurt/ Main, Tel.: 069/784808; ISSN 1434-4688 D

Sigrid Görgens

Ausbildung für einen „neuen“ Arbeitsmarkt - Lernen für den informellen Sektor in der Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassung: Die Gesellschaft befindet sich in einem Prozeß des Wandels. Im Zuge grundlegender Veränderungen hat sich auch der Arbeitsmarkt in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert. Die berufliche „Normalbiographie“ verliert mehr und mehr an Bedeutung. Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, prekäre Arbeitsverhältnisse, Umlernen und Ausbildungen für neue Tätigkeiten prägen immer stärker das Bild des Arbeitsmarktes. Das Bildungssystem und hier besonders die berufliche Bildung hat diesen Veränderungsprozeß nicht gleichermaßen mitvollzogen. Es ist deshalb die Frage zu stellen, inwieweit das Bildungssystem noch seiner Aufgabe, auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, gerecht werden kann und wo die Ursachen für zunehmende Probleme liegen. Ferner wird zu fragen sein, was in der Vergangenheit getan worden ist, um mit Umbruchsituationen umzugehen, und was man heute tun kann, um auf die veränderten Arbeitsmarktbedingungen pädagogisch zu reagieren.

Gesellschaft im Wandel

Die Fundamente eines demokratischen Rechtsstaates sind sozial gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen für die gesamte Bevölkerung. Durch hohe Arbeitslosigkeit, ständig steigende Sozialabgaben und den gleichzeitigen Abbau sozialer Leistungen beginnen diese Fundamente brüchig zu werden. Das Risiko von Armut ist für immer größere Teile der Bevölkerung bereits Realität oder droht es zu werden. Die damit einhergehende Ausgrenzung und Aufspaltung der Bevölkerung stellt sich als vordringliches Problem an die Politik. Arbeitslosigkeit ist die zentrale Ursache sozialer

Erosionen. Zur Zeit sind in der Bundesrepublik Deutschland zwischen vier und sechs Millionen Menschen ohne Arbeit, und es besteht wenig Hoffnung, daß sich daran in naher Zukunft etwas ändert. Die Gesellschaft befindet sich in einem Erosionsprozeß. Kinder und Jugendliche erleben heute, daß sich die drei Sozialisationsorte Familie, Schule und Gesellschaft in einem Prozeß der Veränderung befinden. Die traditionelle Struktur der Familie zerfällt zusehens. Immer neue Möglichkeiten und Formen des menschlichen Zusammenlebens entstehen. Gleichzeitig nimmt die Vereinzelung und Vereinsamung vieler Menschen zu. Die Familie als Sozialisationsinstanz zur Herstellung von Verlässlichkeit ist häufig überfordert. Die Gesellschaft ist widersprüchlich geworden, einerseits wird eine hedonistische Konsum- und Genußmoral verherrlicht, andererseits werden so viele Menschen ausgegrenzt, die nicht an der Konsumgesellschaft partizipieren können. Kinder und Jugendliche orientieren sich aber zwangsläufig an den Versprechungen der Werbung und den Medien, denen sie ständig ausgeliefert sind. Wenn die Familie als Sozialisationsinstanz zunehmend überfordert ist und von der Gesellschaft keine verlässliche Orientierung geboten wird, ist die Schule in besonderem Maße gefordert.

Im ordnungspolitischen Raum wird darüber diskutiert, wie das soziale Netz gelockert werden kann. Die Aufhebung des Kündigungsschutzes in kleineren Betrieben, die Lockerung von Jugendschutz- und Arbeitsschutzbestimmungen, wie das Verbot von Nachtarbeit, der teilweise Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, veränderte Ladenöffnungszeiten, die Diskussion um verkürzte Ausbildungen und Schulzeiten, die Kürzung von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, das Heranziehen von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen für notwendige Gemeinwesenarbeiten und die gleichzeitige Beschneidung der Gelder für Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen (ABM), sind direkte Auswirkungen einer Veränderung des Arbeitsmarktes.

Veränderung des Arbeitsmarktes

Auch der Arbeitsmarkt und damit die ökonomische Lebensgrundlage des größten Teils der Bevölkerung ist z.Zt. einem grundlegenden Wandel unterworfen. Neben den auch als formellen Sektor bezeichneten Bereich des Arbeitsmarktes, der durch Tarifverträge und Interessenvertretungen gekennzeichnet ist, sind eine Unmenge neuer Formen von „mindergeschützten“ Beschäftigungsverhältnissen getreten, die hauptsächlich außerhalb oder in den Grauzonen gesetzlicher Schutzabkommen angesiedelt sind. Seit rund einem Jahrzehnt wird in der politischen und wirtschaftlichen Diskussion über eine Flexibilisierung des Arbeitsverhältnissrechts gestritten. Neben der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, wird tendenziell die Auflösung der arbeitsvertraglichen Bindung überhaupt gefordert. Formen mindergeschützter Beschäftigung werden verstärkt als integraler Bestandteil von Rationalisierungsstrategien vieler Unternehmen eingesetzt. Der hohe Wettbewerbsdruck wird mit zu hohen Lohnkosten erklärt, und als Ausweg wird „billige Arbeit“ außerhalb der Normalarbeitsverhältnisse erschlossen. Um auf die schnell wechselnden Anforderungen des Marktes zu reagieren, wird die interne Flexibilität durch fle-

xiblere Arbeitszeiten und Qualifikationsprofile erhöht. Erhöhte externe Flexibilität wird u.a. durch das teilweise Austauschen der Stammbesellschaften durch mindergeschützte Arbeitsverhältnisse erreicht. Dies können *befristete Arbeitsverhältnisse* sein oder *Entleihverhältnisse*.¹

Keines dieser Arbeitsverhältnisarten beinhaltet einen Kündigungsschutz und das Recht der betrieblichen Mitbestimmung. Der Anteil der befristet Beschäftigten betrug 1992 in der Bundesrepublik Deutschland 5,9 % aller Erwerbstätigen, in den neuen Bundesländern sogar 12,6 %. 1985 waren in Westdeutschland 0,2 % der Erwerbstätigen als Leiharbeiter beschäftigt, 1992 schon 0,5 %. In ähnlich arbeitsrechtlosem Raum agieren *Subunternehmer* und *abhängig Selbständige*. Zur letztgenannten Beschäftigungsform zählen z.B. Kurierfahrer, Fahrradkuriere, Zeitungswerber, Tiefkühlkostlieferanten, Tupper-ware-Verkäufer und Kosmetikvertreter. Aber auch selbständige Handelsvertreter, künstlerisch, schriftstellerisch und journalistisch Tätige sind hierunter zu verstehen, also die sogenannten „freien Mitarbeiter“. Sie alle sind auf Gedeih und Verderb von einem Unternehmen abhängig, was Sortiment, Preis, Dienstleistung, Ausstattung etc. angeht, tragen aber selbst die Lasten ihrer Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung und die finanzielle Vorleistung z.B. für Fahrzeuge und Waren. Sie bewegen sich rechtlich in einer Grauzone zwischen Arbeitnehmerstatus und Selbständigkeit. Auch viele Formen der *Heimarbeit*, die durch die Einrichtung von Computerarbeitsplätzen neue Bedeutung erlangen, sind in diesem Bereich angesiedelt. Ein weiterer Bereich mindergeschützter Beschäftigung ist die *geringfügige Beschäftigung*. Er umfaßt alle Beschäftigungen auf 610,-DM-Basis und Beschäftigungen mit geringer Bezahlung bis 18 Stunden pro Woche. In diesem Bereich sind Zeitungszusteller, Verkäufer, Hilfskräfte, Reinigungskräfte, Arzthelferinnen und Beschäftigte mit ähnlichen Tätigkeiten angesiedelt. Hausfrauen, Schüler, Studenten und Frührentner sind hier besonders zahlreich vertretene Bevölkerungsgruppen. Es wurden bislang keine Sozialabgaben bezahlt und kein Rentenanspruch erworben. Es besteht keine Beschäftigungsgarantie und keine Betriebs- oder Personalvertretungsmöglichkeit. Diese Beschäftigten sind von Sonderzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld ausgeschlossen. Über das gesamte Ausmaß geringfügiger Beschäftigung gibt es keine konkreten Zahlenangaben, da mehrere Beschäftigungsverhältnisse nebeneinander möglich und wahrscheinlich sind. Es kann aber von einer Schätzung von 25 % aller Beschäftigten ausgegangen werden, mit eher steigenden Tendenz, da z.B. verlängerte Ladenöffnungszeiten vielfach durch die Schaffung von weiteren mindergeschützten Beschäftigungsverhältnissen kompensiert werden. Der gesamte Universitäts- und Wissenschaftsbereich arbeitet mit mindergeschützten und befristeten Arbeitsverhältnissen in hoher Anzahl. Es sind also nicht nur Tätigkeiten auf dem unteren Qualifizierungsniveau, die über solche Arbeitsverhältnisse abgeleistet werden, sondern auch hoch qualifizierte. Ein knappes Drittel der im Wissenschaftsbereich Beschäftigten (29,4 %) besitzt keine abgeschlossene Berufsausbildung, aber fast ein Viertel (24 %) hat Abitur und 12 % ein abgeschlossenes Hochschulstudium.

Wie verhält sich das Bildungssystem?

Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt hat sich das Bildungssystem in der jüngsten Vergangenheit nicht wesentlich verändert. In der Schule werden neben den Kulturtechniken die Fähigkeiten zum Erwerb eines Berufes erlernt. Das allgemeinbildende Schulsystem tut sich schwer, Bildungsziele zu formulieren, und beschränkt sich dabei auf unklare Formulierungen wie der „mündige Bürger“ oder „Emanzipation“. „Eine weithin tragende Idee (i.S. eines 'sinnstiftenden Deutungssystems'), von der her schulische Ziele und Inhalte festgelegt und legitimiert werden könnten, ist in unserer offenen, pluralen und multikulturellen Gesellschaft (mit der hier vorfindbaren Vielfalt der Welt- und Lebensansichten) nicht vorhanden“². Das Schulsystem vergibt aber je nach Schulart Abschlüsse auf unterschiedlichen Bildungsniveaus. Diese Abschlüsse sind an die Anzahl der erlernten Fremdsprachen und Schuljahre in bestimmten Fächern, an Notendurchschnitte und andere formale Kriterien gekoppelt. Die Schulbildung mit ihren unterschiedlichen Abschlüssen *berechtigt* zum Zugang zu Ausbildungen auf verschiedenen Ausbildungsniveaus. Sie *garantiert* den Zugang aber nicht. Die Selektionskriterien sind nicht mehr nur die Noten und damit die eigene Leistung, die von einem Individuum beeinflussbar ist, sondern ganz zufällige Faktoren wie Ort und Zeit, d.h. zur rechten Zeit am rechten Ort zu wohnen, die richtigen Eltern mit den richtigen Beziehungen zu haben u.ä., um einen Ausbildungsplatz nach Wunsch und Neigung zu bekommen.

Die Ausbildung in einem bestimmten Berufsfeld findet



heute unter der Maßgabe statt, daß derjenige, der diesen Beruf erlernt, ihn nicht ein ganzes Leben lang ausüben wird. Oft weiß der Auszubildende schon während seiner Ausbildungszeit, daß er in diesem Beruf überhaupt nicht arbeiten wird. Er absolviert die Ausbildung lediglich zu dem Zweck, seine Anschlußfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Gleichzeitig ist die Berufsausbildung, die in Ausbildungsordnungen festgelegt ist, stark am Ausbildungsziel, der Abschlußprüfung, orientiert. Die verschiedenen Ausbildungsordnungen sind standardisiert und formalisiert und werden, den veränderten Berufsanforderungen entsprechend, ständig erweitert. Das heißt, der Umfang der in der

Ausbildungszeit zu vermittelnden berufsspezifischen Fähigkeiten ist sehr dicht und nimmt ständig zu. An der Berufsschule macht sich das vor allem durch wachsenden Zeitdruck bemerkbar. Darunter leiden in erster Linie die allgemeinbildenden Fächer. Die Berufsausbildung, die stark am Berufsbild orientiert ist, transportiert neben den berufsspezifischen Kompetenzen eine Reihe von anderen Inhalten, in einer Art von „heimlichem Lehrplan“. Neben der Ausbildung berufsrelevanter Qualifikationen werden am Sozialisationsort 'Betrieb' fachübergreifende Qualifikationen während der Ausbildung vermittelt³. Fachübergreifende Qualifikationen, die zwar in Elternhaus und Schule schon angelegt, in der betrieblichen Ausbildung erst ausgebildet werden, können folgende sein:

- Lernbereitschaft,
- Selbständigkeit,
- Fähigkeit zur Zusammenarbeit,
- Fähigkeit zur Kritik,
- berufliches Selbstverständnis und
- berufliche Zukunftsorientierung.⁴

Diese fachübergreifenden Qualifikationen werden als Basis für berufliche Handlungsfähigkeit angesehen. Sie machen exemplarisch deutlich, welchen Stellenwert eine Ausbildung für die berufliche Entwicklung junger Menschen spielt.

Ein systemtheoretischer Ansatz

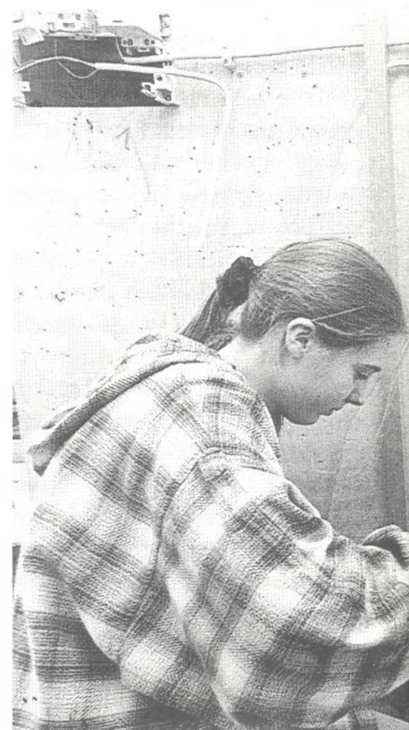
Karl Eberhard Schorr⁵ versucht eine systemtheoretische Annäherung an diese Problematik durch eine Ersetzung des Berufsbegriffs durch den Arbeitsbegriff in eine neue Berufsbildungstheorie. Er untersucht am Beispiel der beruflichen Bildung die Differenz zwischen Erziehungs- und Wirtschaftssystem historisch und systematisch. Angesichts der krisenhaften Situation der beruflichen Bildung und hier besonders des dualen Systems, wird der Frage nachgegangen, ob es der Funktionalität des Wirtschaftssystems noch angemessen sei, von *Beruf* zu sprechen, oder ob dieser Begriff im Erziehungssystem nicht vielmehr durch den Begriff der *Arbeit* ersetzt werden müsse. Unter dieser Perspektive könnte in der Theorie der beruflichen Bildung *Lernfähigkeit* den semantischen Stellenwert erhalten, den es in der Praxis schon längst eingenommen hat.

Die historische Analyse

Die Beobachtung von Erziehungssystem und Wirtschaftssystem als Einheit durch die Schule ist ein Paradox, da divergierende Anforderungen an beide Systeme gestellt werden. Für Humboldt ist die Grenze des Erziehungssystems gegenüber dem gewerblichen Leben scharf gezogen, indem er die allgemeine Menschenbildung als Form der Erziehung von allem, was das gewerbliche Leben berührte, absonderte. Diese Ausdifferenzierung kann aber schon in der Frühphase der Industrialisierung nicht mehr durchgehalten werden. Mit der Entstehung der Fortbildungsschulen wird dies deutlich. Allerdings ist das Erziehungssystem noch stark an den Begriff der Bildung und das Wirtschaftssystem an den Begriff des Berufs gekoppelt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewinnen Konstruktionen des Bildungsgeschehens an Bedeutung, die berufliche Tätigkeiten als Kulturtä-

tigkeiten benennen und auf eine höhere Wertebene stellen. Kerschensteiner beschreibt dann endgültig Lehre und Arbeit als Kulturtätigkeit in Rücksicht auf das Wirtschaftssystem. Er macht damit den Beruf zum Vehikel der beruflichen Bildung, deren Konsequenz das duale System mit den beiden Lernorten Betrieb und Schule ist. Problematisch wird damit die Inklusion des Faktors Arbeit in das Bildungssystem, der durch die Konstruktion der Arbeitsschule institutionalisiert werden soll. Der pädagogische Begriff der Arbeit bezeichnet Kulturtätigkeiten. Wie aber kann eine Inklusion der Arbeit in der Allgemeinbildung mit Rücksicht auf das Wirtschaftssystem erfolgen? Auch die Unterscheidung in innere (geistige) und äußere (manuelle) Arbeit überwindet den Widerspruch nicht dauerhaft. Hier soll die Einführung des Begriffes der *Lebensform* helfen. Lebensform teilt semantisch den verschiedenen Grundtypen der Individualität (der Arbeiter ist beides in einer Person; der ökonomische Mensch und der hedonistische Genießer) spezifische Sprachformen zu, um eine Kommunikation zwischen beruflicher Bildung und Wirtschaftssystem überhaupt erst zu ermöglichen. Die Form der *Organisation* ist es dann, die die Differenz zwischen beruflicher Bildung und Wirtschaftssystem schafft und so eine Beobachtung und den Aufbau von Eigenkomplexität erst ermöglicht.

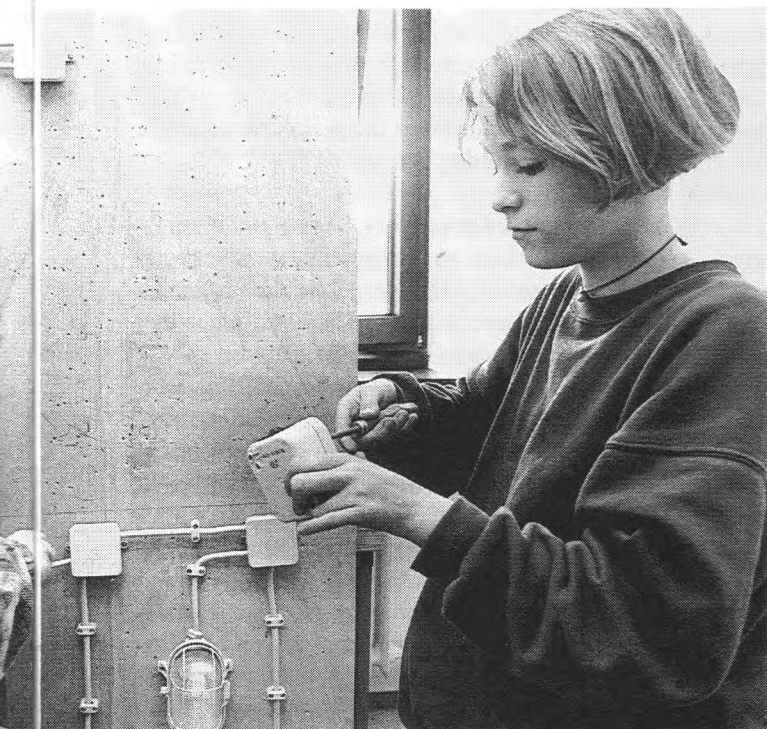
Deshalb bedeutet die Jahrhundertwende mit der Schaffung der Berufsschule und damit den zwei Lernorten Schule und Betrieb eine Zäsur. Organisation bündelt als Form durch Zweck/Mittel-Rationalisierung das Zusammenwirken von den verschiedenen Teilhabern auf ein Organisationsziel hin. *Kultur* ist der Garant für Kontinuität. Eine erste Entwicklungsphase der Berufsschule orientiert sich an der Differenz von Lehre und Arbeit. Arbeit meint betriebliche Arbeit und Lehre bezieht sich darauf. Kerschensteiner setzt diese Unterscheidung voraus. Der Staat legt schließlich die Zweck/Mittel-Relation durch Ausbildungsordnungen fest. Eine zweite Entwicklungsphase der Berufsschule ist durch Dualität gekennzeichnet. Veränderungen des Wirtschaftssystems wirken in die Berufsbildung und die erzeugten Kontingenzen, die zunächst durch Änderungen von bestehenden Ausbildungsverordnungen aufgefangen werden sollen, bringen die beiden Systeme in ein Ungleichgewicht. Zunehmende Differenzierung der Organisationsformen der beruflichen Bildung durch die Ausdifferenzierung der beruflichen Schulen auf der einen Seite und Vereinheitlichung der Berufsbilder auf der an-



deren Seite sind gegensätzliche Tendenzen, die zunächst durch die Gleichsetzung von Abschlüssen ausgeglichen werden sollen. Das Erziehungssystem ist somit in die Position gekommen, immer nur auf die veränderten Anforderungen ihres Bezugssystems, der Wirtschaft, zu reagieren.

Die systematische Analyse

Schorr versucht nun, das Dilemma über die Einführung der Form der Allgemeinbildung mit Rücksicht auf das Wirtschaftssystem als eine Verbreiterung der Allgemeinbildung als *re-entry* zu beschreiben. Der Beruf wird zum *re-entry* der Bildung in der Bildung. Zu den Bedingungen der beruflichen Bildung zugrundeliegenden Differenz gehört Arbeit, die sich von Bildung bzw. Beruf unterscheidet. Hier lautet sein Vorschlag, durch die Substitution des Begriffes des Berufs durch den Begriff der Arbeit, eine Rekonstruktion der Berufsbildung mit Rücksicht auf das Wirtschaftssystem zu versuchen. Ziel soll nicht mehr die Bildung für einen spezifischen Beruf, sondern z.B. die Erhaltung der Arbeitskraft sein. Des weiteren geht Schorr auf die Substitution des Berufes durch den Faktor Arbeit ein. Es wird vorausgesetzt, daß Allgemeinbildung und Berufsbildung nicht nur Sozialsysteme, sondern auch Organisationen sind, die auf Entscheidungen basieren. Eine wesentliche Differenz auf gesellschaftlicher Ebene ist die von Inklusion und Exklusion.



Das Erziehungssystem hilft sich mit dem Postulat des Gleichheitsgrundsatzes, die Ungleichheiten, die es paradoxerweise selbst produziert, einzuschließen. Die Bedingungen der Berufsbildung sind andere: Die Organisation der Lehre und die Organisation der Betriebe. Hier gibt es eine deutliche Unterscheidung von Inklusion und Exklusion, also von Mitgliedern und Nichtmitgliedern. Anders ausgedrückt: Es gibt häufig keine abnehmenden Institutionen. Bislang hat die Berufsbildung das Problem der Inklusion des Faktors Arbeit nicht berücksichtigt, d.h. es kann überhaupt

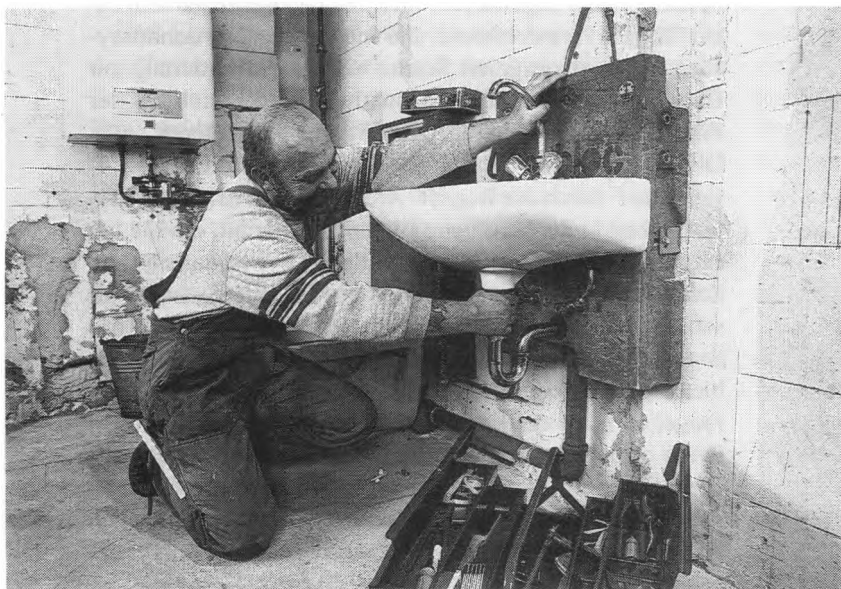
keine Einbeziehung der Probleme des Wirtschaftssystems geben. Operativ ist die Berufsbildung nur über den Code besser/schlechter auf das Bildungssystem bezogen. Inzwischen hat die Kommunikation über die Frage, auf welche Weise denn nun dem Umstand Rechnung getragen werden soll, daß der Faktor Arbeit in der Form der Berufsbildung berücksichtigt wird, begonnen. Es reicht vor dem Problemhorizont der Inklusion des Faktors Arbeit nicht aus, Programme zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu entwerfen und die Realität dabei aus dem Auge zu lassen, daß die Anzahl der Arbeitsplätze sich gesamtgesellschaftlich verringert. Die Evolution des Wirtschaftssystems vollzieht sich außerhalb dessen, was in den Curricula der Berufsschule festgelegt ist. Ohne programmierte Lehre ist keine schulförmige Erziehung möglich und ohne schulförmige Erziehung kein Programm des Lernens; die Form der Berufsschule hat keine Alternative.

Hier bietet Schorr *Lernfähigkeit*, das Lernen des Lernens als eine mögliche Antwort an. Lernfähigkeit bezeichnet Effekte, die durch Lehre entstehen können, aber nicht notwendig entstehen müssen. Das Problem der Inklusion des Faktors Arbeit in die Berufsbildung ist damit noch nicht gelöst. Es beinhaltet aber Kommunikationsangebote für die Probleme des Wirtschaftssystems. Lernfähigkeit in diesem Sinne intendiert eine reflexive Form des Lernens und ist auf Kommunikation als selbstreferentiellen und rekursiv vernetzten Prozeß angewiesen. Welche Fragen ergeben sich dabei für die Fremdreferenz, die hierbei das Wirtschaftssystem ist? Hier resigniert Schorr mit der Aufforderung zur Entwicklung einer Reflexionstheorie, die sich an der Formengenesen der beruflichen Bildung orientieren solle. Diese Theorie von Schorr, die die Substitution des Begriffes 'Beruf' durch den Begriff 'Arbeit' zur Inklusion des Faktors Arbeit in die berufliche Bildung vornimmt, um die berufliche Bildung als System mit dem Wirtschaftssystem kompatibel zu machen, erscheint mir ein interessanter Ansatz zu sein. Leider sind die theoretischen Konstrukte nur angedacht und mögliche Konsequenzen nicht ausgeführt. Es bleibt also Wesentliches unbeantwortet. Trotzdem ist für die Frage, ob nicht der Lernfähigkeit ein zentraler Stellenwert in der beruflichen Bildung einzuräumen ist und der Begriff des Berufes zugunsten des Begriffes Arbeit auszutauschen sei, eine theoretische Unterstützung meiner Vermutung, daß eine veränderte Ausbildung für einen neuen Arbeitsmarkt gebraucht wird.

Historische Konzepte

Im Kontext der Frage, wie das Bildungssystem auf die veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt eingeht bzw. eingehen kann, ist es naheliegend, die Vergangenheit nach Konzepten zu untersuchen. Einschränkend muß man von vornherein einräumen, daß spezifische historische Situationen sich nicht wiederholen und damit nicht vergleichbar sind. Dennoch ist es den Versuch wert, Konzepte, z.B. aus der *Reformpädagogik*, die ja auch in Zeiten wirtschaftlichen Wandels entstanden sind, auf ihre Anwendbarkeit auf die heutige, spezifische Situation hin zu untersuchen. Hier bieten sich aus naheliegenden Gründen die Produktionsschul- und Arbeitsschulkonzeptionen an. Welche pädagogischen

Ansätze machen den spezifisch reformpädagogischen Inhalt aus? Neben dem Erlernen spezieller handwerklicher oder kaufmännischer Arbeitstugenden spielen andere Faktoren eine wichtige Rolle. Durch eine andere, selbsttätige Organisation des Unterrichts oder der gesamten Schule werden Eigenverantwortung, Emanzipation, Disziplin, Selbstachtung und Flexibilität gefördert, die wiederum als Basisqualifikationen für die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens Voraussetzung sein können. Es gilt also im weiteren zu untersuchen, welche Bedingungen Arbeitsschulkonzepte erfüllen müssen, um als Konzepte beruflicher Bildung für einen neuen Arbeitsmarkt tauglich zu sein. Geht es den Reformpädagogen darum, Kompetenzen über die praktische Tätigkeit herauszubilden, so plädiert *Humboldt* ca. 100 Jahre zuvor für eine strikte Trennung von allgemeiner und beruflich-praktischer Bildung. Dies ist vor allem vor dem historischen Hintergrund zu sehen. Für *Humboldt* war die Forderung nach einer staatlich garantierten, allgemeinen Grundbildung für alle, auf die dann eine spezielle, von den entsprechenden Interessengruppen und Verbänden organisierte Berufsbildung folgen sollte, ein emanzipatorischer und demokratischer Akt, der das Individuum in den Vordergrund stellte. Die beiden ausgewählten Beispiele aus der Geschichte haben Auswirkungen auf unser heutiges Schulsystem.



Allgemeine Menschenbildung bei Humboldt

Humboldts Bildungstheorien müssen im Kontext mit seinem Menschenbild und vor dem Hintergrund der geistigen Strömungen seiner Zeit gesehen werden. Seine Bildungstheorie oszilliert in der Spannung zwischen der Unbestimmbarkeit des freien und individuellen Menschen und dessen Einbettung in Welt und Geschichte. Bildung wird zur fruchtbar gemachten Selbsterfahrung in der Auseinandersetzung mit Welt. Wie ist nach diesem Bildungsverständnis staatliche Bildung möglich? Vier Grundsätze prägen die Humboldtsche Bildungsreform: *Erstens* hat die allgemeine Menschenbildung den Vorrang vor der Berufsausbildung. Nicht, daß er gänzlich auf Berufsausbildung verzichten will,

sie muß aber später einsetzen und sich an eine allgemeine Bildung anschließen. Der Mensch muß zunächst die Chance haben, seine Neigungen und Fertigkeiten zu erkennen und darf nicht zu früh festgelegt werden. Zum *zweiten* darf es nur einen Unterricht, d.h. eine Schulform für alle geben. Unterschiede der Herkunft dürfen in der Bildung keine Rolle spielen. Kinder aller Stände besuchen die gleiche Elementarschule und das Gymnasium, die Universität steht allen offen, die die Voraussetzungen hierfür erfüllen. *Drittens* soll der staatliche Einfluß auf das Bildungswesen zurückgedrängt werden und nationale Verantwortung aktiviert werden. Der mündige Bürger soll durch seine Mitwirkung auf kommunaler Ebene das Bildungswesen bestimmen und kontrollieren. Zum *vierten* soll die Untertanenmentalität in allen Bereichen der Bildung, von der Elementarschule bis zur Universität, durch die Auffassung vom freien und individuell geprägten Bürger abgelöst werden.

Der durch die zu erstrebende neue Bildung herangebildete mündige Bürger erst ist in die Lage versetzt, die Reformen auf gesellschaftlicher Ebene zu vollenden. Denn die grundlegenden Reformen, die nach dem Zusammenbruch Preußens für eine Neuorganisation des preußischen Staates elementar waren, betrafen, wie bereits dargestellt, alle Bereiche des Staates, so die Abschaffung der Leibeigenschaft, eine neue Ständeordnung und eine Umgestaltung der oberen Staatsbehörden und bedurften des mündigen, aufgeklärten Bürgers. Deshalb ist die Bildungsreform als ein Kernstück des gesamten Reformwerks Preußens zu betrachten. Und es ist als das Verdienst Humboldts anzusehen, daß er diese Zusammenhänge erkannt und gefördert hat.

Arbeitsschulgedanken bei Kerschensteiner

Kerschensteiner, als ein prominenter Vertreter des Arbeitsschulgedankens, ist dem kritischen Aspekt des Humboldtschen Denkens gegenüber skeptisch eingestellt. Beeinflußt durch die Sozialistengesetze und die Proletarisierung weiter Bevölkerungsteile tendiert er zu einer konservativen Grundposition und einem ständisch-orientierten Weltbild. Sein Bildungsideal des brauchbaren Staatsbürgers, der den Beruf als Kulturleistung und Staatsbürgerpflicht auffaßt, sieht die Arbeit des einzelnen Individuums - ganz gleich wie sie im Einzelfall aussehen mag - als Dienst an der Gemeinschaft. Kerschensteiner geht von idealistischen Vorstellungen im Wirtschaftsleben aus. Für Arbeitslosigkeit, Berufswechsel infolge von Wirtschaftskrisen und Strukturwandel ist wenig Raum in seinen Vorstellungen. Sein Weltbild ist gekennzeichnet von moralischen Kategorien. Berufsethos und Berufsbegriff sind an der Norm des Handwerks ausgerichtet, d.h. ein ständisch-gewachsenes Gemeinschaftsmodell, in dem der einzelne einen festen Platz im organischen Ganzen hatte. Der Tatsache, daß bei weitem nicht alle Schulabgänger ihrer „inneren Berufung“ bei der Berufswahl folgen können, sondern wirtschaftliche Notwendigkeiten sie zu irgendeiner Berufsausübung oder Tätigkeit zwingen, die keine innere Identifizierung zuläßt, schenkt er wenig Beachtung und geht erst in seinen Spätwerken ansatz-

weise darauf ein. Was kann uns heute Kerschensteiners Theorie der Arbeitserziehung und der staatsbürgerlichen Erziehung noch sagen? Mit Sicherheit sind vom Arbeitsschulgedanken Impulse für das allgemeinbildende Schulwesen ausgegangen, die von einigen Reformpädagogen modifiziert und in Modellschulen praktiziert wurden wie die Landerziehungsheime des Hermann Lietz oder Werk-, Handarbeits- und Technikunterricht an Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen, wie er heute vielfach praktiziert wird. Auch Schulgärten und Projektunterricht werden in Arbeitsgruppen durchgeführt, und Kleingruppenarbeit ist in allen Schulformen fester Bestandteil des normalen Unterrichts geworden. Sein historischer Verdienst ist die inhaltliche Ausgestaltung der Berufsschule und damit die Begründung des originär deutschen Weges der Berufsausbildung, des dualen Systems, das bis heute besteht.

Was ist zu tun?

Da ich von der Situation ausgehe, daß eine immer größer werdende Anzahl von Schulabgängern nach einer Berufsausbildung nicht mehr in traditionellen Arbeitsverhältnissen arbeiten wird bzw. schon gar keine traditionelle Ausbildung mehr absolviert und immer mehr Beschäftigte aus dem formalen Arbeitsmarkt ausscheiden müssen, die dann auf einem neuen Arbeitsmarkt nach Beschäftigungsmöglichkeiten suchen, wird zu überlegen sein, wie auf diese Situation von seiten des Bildungssystems vorbereitet werden kann. Da ich ferner davon ausgehe, daß für diese spezifische Situation eine Berufsausbildung im traditionellen Stil nicht adäquat sein kann, da sie die Möglichkeit von Arbeitslosigkeit und häufigem Wechsel der Tätigkeit nicht impliziert und das Lebensalter der Betroffenen nicht berücksichtigt, plädiere ich für Formen beschäftigungswirksamer Ausbildung. Es ist deshalb davon auszugehen, daß das Modell der Arbeitsschule für die Berufsausbildung auf einem neuen Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle spielen könnte. Dafür wäre zu untersuchen, inwieweit Arbeitsschulkonzepte auf die heutige Situation angewendet werden können. Hier kommt es besonders darauf an, zu untersuchen, ob und welche Komponenten aus den Erfahrungen der Arbeitsschulen für den Bereich der beruflichen Bildung, zur Vermittlung von Berufsqualifikationen geeignet erscheinen. Darüber hinaus sind die Basisqualifikationen, wie Emanzipation, Selbstbewußtsein, Eigeninitiative, Verantwortung und andere Kompetenzen, die aus den Konzepten der Arbeitsschulen hergeleitet werden können, von großer Bedeutung. Wie ich meine, können diese Basisqualifikationen denen, die ihre Existenz auf einem neuen Arbeitsmarkt sichern müssen, von entscheidender Hilfe sein.

Es ist deshalb meines Erachtens nötig, daß bereits im Bereich der allgemeinen Schulbildung stärker der Umgang mit Kontingenzen gelernt werden muß, um später flexibler auf unterschiedlichste Anforderungen reagieren zu können. Dies gilt nicht nur für den beruflichen Bereich, sondern auch für den privaten Bereich des Lebens, da auch hier vielfältige, nicht vorhersehbare Situationen auf den einzelnen zukommen können. Es gilt ferner, soziale Kompetenzen, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und die Fähigkeit zur Weiterbildung zu stärken, um den wechselnden Situationen

flexibel begegnen zu können. Für den Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind ähnliche Prioritäten zu setzen. Gleichzeitig ist es unerlässlich, daß Ausbildung auch beschäftigungswirksam ist. Nur so kann einer wachsenden Armut und öffentlicher Alimentierung immer größerer Bevölkerungsteile wirksam begegnet werden. Des weiteren ist zu überlegen, wie und wo neue Felder für Beschäftigung erschlossen werden können. Dabei denke ich vor allem daran, durch Gemeinwesenarbeit, den sozialen und den Umweltbereich, an Teilzeitbeschäftigung und ähnliche Modelle, Arbeit für mehr Menschen zu schaffen. Sinnvolle und menschenwürdige Arbeit für alle, die arbeiten wollen, sind meiner Meinung nach, unabdingbare Voraussetzung für den sozialen Frieden innerhalb einer Demokratie. Deshalb wird auch darüber nachzudenken sein, wie eine lebenswerte Zukunft aussehen kann und wie und wo Umverteilungen, Privilegienabbau und persönlicher Verzicht nötig sein wird. Tatsache ist bereits, daß die Zeiten wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit Vollbeschäftigung, mit Normalarbeitsverhältnissen und Normalbiografien vorbei sind. Deshalb wird ein gesellschaftliches Umdenken nicht mehr zu vermeiden sein, welches auch einen Niederschlag im Bildungssystem finden muß.

Literatur

- Bundesanstalt für Arbeit:** Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1996.
Bundesinstitut für Berufsbildung: Lernen für Heute - Fragen für Morgen, Berichte zur beruflichen Bildung Heft 168, Bielefeld 1994.
Hamann, Bruno: Geschichte des Schulwesens, Bad Heilbrunn 1986.
Schorr, Karl Eberhard: Bildung in Rücksicht auf das Wirtschaftssystem (Berufsbildung), in: Luhmann, Niklas/Schorr, Karl Eberhard (Hrsg.): Zwischen System und Umwelt, Frankfurt 1966.

Anmerkungen

- ¹ Am 31.11.1995 waren in Westdeutschland 162.275 Menschen als Leiharbeiter beschäftigt (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 30.09.1996).
² Hamann 1986, 230.
³ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung: Lernen heute - Fragen für morgen. Bielefeld 1994.
⁴ Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 1994, 138.
⁵ Karl Eberhard Schorr: „Bildung in Rücksicht auf das Wirtschaftssystem (Berufsbildung)“, in: Luhmann, Niklas/Schorr, Karl Eberhard (Hrsg.): Zwischen System und Umwelt, Frankfurt a.M. 1966.

Sigrid Görgens, M.A., Ing. grad., geb. 1951, z.Z. wiss. Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr Hamburg; Arbeit an einer Promotion im Bereich der Bildung im informellen Sektor. Studium über den 2. Bildungsweg 1973-77 an der FH Krefeld, 1977-79 an der Gesamthochschule Duisburg. Nach Familienpause und versch. Berufstätigkeiten 1990-94 Studium der Erziehungswissenschaften an der Fernuniversität Hagen. Versch. Veröffentlichungen im Bereich Fremdenfeindlichkeit, Frauenforschung und informeller Sektor.

